

Berliner Börsen-Courier.

Morgen-Ausgabe.

Redaction und Expedition: Zimmer-Strasse 40/41.

Abonnements-Preis: Vierteljährlich für Berlin excl. Bringerlohn 5 Mk. 50 Pf., für ganz Deutschland und Oesterreich 7 Mk. 50 Pf. Insertions-Gebühr: die vierspaltene Petitzeile 40 Pf.

Diese Zeitung erscheint wöchentlich 13 Mal. Als besondere Beilage erscheint allwöchentlich die „Verloosungliste“.

No. 334.

Sonntag, 5. Juli

1885.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli eröffneten wir das Abonnement für das III. Quartal des Jahres 1885.

Der „Berliner Börsen-Courier“ wird in seinen allseitig anerkannten Bestrebungen, ein gutes Finanzblatt, ein zuverlässiger Führer auf dem Gebiete der Börse und des Handels und zugleich ein reichhaltiges, entschieden freisinniges, vielseitiges, politisches und feuilletonistisches Organ zu sein, fortfahren.

Nach wie vor erscheint der „Börsen-Courier“ 13 Mal wöchentlich, auch Montags früh. Für den Preis von 7 M. 50 Pf. vierteljährlich ist derselbe auswärts durch alle Postanstalten, für den von 5 M. 50 Pf. excl. Bestellgeld durch die bekannten Zeitungs-Spediteure in Berlin zu beziehen.

Expedition des „Berliner Börsen-Courier“.

SW. Zimmer-Strasse 40/41.

Berlin, im Juli 1885.

Symptome.

Es geschehen Zeichen, aber keine Wunder. Wir sehen Symptome, nicht Zufälligkeiten in den kleinen Begebenheiten, die sich auf Römisch-katholischem Boden vollziehen. Die Führer der Päpstlichen Partei haben behauptet, daß sie früher aufgestanden seien, als die Hüter des Staates; sie haben sich auch gerühmt, daß sie abwarten können und es länger aushalten. In beiden Richtungen haben sie geirrt. Der Staat ist von ihnen nicht überlistet, und zahlreiche Zeichen sprechen dafür, daß die Kirche schwach und müde wird. Die Gemeinde ist des Gezänkts überdrüssig, weil sie, durch das Loben verfloßener Jahre und das Denominiren des jetzigen Papstes schwächlich, die Epigone der Vorkämpfer, denen man nicht mehr entgegen, sich findet. Die Bischöfe beginnen zu revoltiren. Die alten katholischen Mächte gehen bedenkliche Wege. Die Gegner des Papstthums führen die gefährliche Waffe: die Gleichgültigkeit.

In engem Zeitraum drängen sich Ereignisse zusammen, von welchen jedes einzelne frappiren muß. Wir halten für das Bedeutendste die Niederlage des Vatican gegenüber dem Jesuiten Episkopat. Die Bischöfe Irlands sind consequent und einig. Sie bestreiten, daß man in Rom die Verhältnisse der Grünen Insel beurtheilen könne. Sie weigern sich, der Englischen Regierung eine freundlichere Haltung zu zeigen, von den revolutionären Banden Parnell's sich fern zu halten. Sie besetzen auf ihren Candidaten für den Dubliner Erzbischöflichen Stuhl, den Dr. Walsh, Vorsteher des Priesterseminars in Maynooth, obwohl der Papst nicht allein einen anderen Mann für diese Stelle bestimmt hat, sondern auch den Geist, welcher in dem Institut von Maynooth herrscht, tadelt und auf die lange von ihm befohlene Reform der Anstalt dringt. Des Papstes Candidat, Dr. Moran aus Sydney, ist schon unterwegs nach Rom, da tritt für Irland eine günstige Stimmung ein durch den Ministerwechsel in England, die Jesuiten Bischöfe unternehmen einen neuen Sturm — der Papst giebt nach. Walsh wird Erzbischof, Moran muß als Cardinal untergebracht werden. Bedenkt man, daß die Lage der Dinge sich in nichts weiter geändert hat, als daß das Cabinet Salisbury die Bill zur Verhütung von Verbrechen vorläufig nicht prolongiren will, so sieht man, wie schwer der Papst sich composuirt. Einer der größten Heber in Irland erhalt dort das oberste Kirchenamt, nachdem eine Schutzwehr gegen Wortbrüche gefallen ist — beim Vorhandensein dieser Schutzwehr giebt der Papst es für unzulässig, Herrn Walsh das Amt anzuvertrauen!

Der Cardinal Pitta nahm nicht bloß die vom Papste getadelten Journale in Schutz, sondern er rühmte offen Pius IX. auf Kosten Leo's, tadelte die Politik des lebenden Pontifices im Hinblick auf die des verstorbenen. Kleinlaut erklärte Leo in dem Briefe an Guibert, daß jeder Papst seine eigene Politik verfolgen könne. Was verschlägt es, daß der Cardinal um des lieben Amtes willen zu Kreuze frog: der weltkundige Niemand kann nicht vertheidigt werden.

In Baderborn suchte die geistliche Behörde Conflicte zu vermeiden und die Candidaten vor Mißbilligkeiten zu bewahren, indem es diesen eine solche Einrichtung ihrer Studien vorschrieb, durch welche sie dem Eingriffe des Staates entzogen sind. Das Generalvicariat hat seine Verfügung im Stillen getroffen und Monate hindurch befolgen lassen, selbstverständlich mit dem Bewußtsein, daß es sich zu der Kampfpartei, welcher auch der Papst gewöhnlich nicht widerstehen kann, im Gegensatz befand. Kaum ist die Verfügung publicirt, so fällt die ganze Menge der ultracatholicen Ultracatholicen über die verirrte Baderborner Kirchenbehörde her, und diese hat unter höherem Druck ihr freibleibiges Thun angeben müssen.

Die Wiberlandskirche, welche der Papst in dem Falle Pitta's und des „Journal de Rome“ gegenüber der radicalen Kirchenpartei gezeigt hat, ist von ihm auch bei der Frage des Erzbischöflichen Stuhles in Wien bewiesen. Der eglische Ton, welchen Herr Wieders in seinem letzten Briefe an die Döcejanen anschlägt, athmet mehr Betrübnis darüber, daß man ihn die Cardinal-Treppe

hinaufgeworfen hat, als Trennungschmerz. Wenn auch die Erwartungen, die in den letzten Tagen bezüglich einer Annäherung des Papstes an Italien ausgesprochen sind, weit über das Ziel schossen, so darf man doch hoffen, daß Leo den vereinzelt Acten seiner Selbstständigkeit andere wird folgen lassen. Es kann dem kühl beobachtenden und warm empfindenden Manne nicht entgehen, daß die noch vorherrschende Richtung abwärts führt.

Nur hat es die Unveränderlichkeit gekränkt, daß die Oesterreichische Regierung aus Rücksicht auf Italien einen Gesandten Americas absetzte, welcher aus Liebe zum Papstthum daß gegen Italien und seine Dynastie gekämpft hatte. Wo kann sich noch die Hoffnung auf Restitutio der weltlichen Herrschaft anklammern, wenn „den Häubern“ in Wien so zarte Rücksicht erwiesen wird? Frankreich geht offenbar der Trennung des Staates von der Kirche entgegen; schon werden die hergebrachten Zuwendungen an diese immer mehr beschnitten und das Bewilligte wird mit Aufseherungen der Mißachtung gereicht. Eine schnell verlorene Illusion war die vor zwei Jahren in katholischen Kreisen gegebene Meinung, daß Pfaffenstand willfährig geworden. Italien erträgt ohne Beschwerde den Unwillen des Päpstlichen Stuhles und bringt nebenbei bei seinen politischen Berechnungen kaum in Anschlag. Deutschland erinnert sich des Papstthums nur dunkel.

Was wird die nahe Zukunft bringen? Werden wir von der einst gewaltigen Macht im inneren Widerspreche mehr und mehr abdrücken sehen? Wird ein Reformator aus ihrem Schoße erischen, der sie der Gegenwart soweit anpaßt, daß der Friede mit den weltlichen Mächten erhalten werden kann? Wird der Ungewisser der Guten nach dem Beispiele von Baderborn sich verallgemeinern? Werden Bischöfe rebelliren aus Fanatismus wie Pitta, oder aus ehrgeiziger Herrschucht, wie die Irländer? Wird Windthorst, alle Symptome verleugnend, noch länger behaupten, daß die Römische Kirche der Fels im Meere, das einzige Feste im Kreislauf der Zeiten, im Wirbel der Dinge sei?

Kurze Chronik.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck hat am Freitag den Vortrag mit dem Norddeutschen Lloyd in Bremen wegen Verletzung der Dampferinventur vollzogen und soll Willigen als Antauschfachen bestimmt haben.

Der Bundesrath hat sich gestern nach Erledigung einiger Verwaltungs-Angelegenheiten bis zum 15. September vertagt.

Die Union's-Regierung soll entschlossen sein, wenn Oesterreich-Ungarn Mr. Kelly als Gesandten refusirt, keinen anderen Repräsentanten dorthin abzuschicken.

Die Politik.

Bei der ersten Beratung des Reichshaushalts-Etat's in der Reichstags-Sitzung vom 27. November v. J. mußte der Staatssecretär im Reichschatzamt folgendes Bild von dem voraussichtlichen Abschluß des Finanzjahres 1884/85 entrollen: an Mehrausgaben seien voraussichtlich zu erwarten 2 Millionen, an Mindereinnahmen 12,300,000 M., so daß man sich auf ein Deficit von etwa 14 1/2 Millionen Mark setzen mußte. Von den Mehrausgaben nahm die Marine den Hövenanteil mit nahezu 1.1 Millionen Mark in Anspruch, der allgemeine Pensionsfonds folgte mit 600,000, Auswärtiges Amt mit 560,000 Mark u. s. w. Die Mindereinnahme stand in Aussicht lediglich wegen des Mindereintrages der Zucksteuer, welcher auf mindestens 21 Millionen Mark zu schätzen sei und daher nicht nur die in anderen Staatszweigen erzielten Mehreinnahmen völlig zu absorbiren drohte, sondern auch eine Gesamtmindereinnahme von 12,300,000 Mark erwarten ließe. Ein gleich ungünstiges Ergebnis stellte der Abschluß der in Folge der Clausel Franckenstein bei der Reichsstufe nur durchlaufenden Zölle und Steuern in Aussicht. Der dabei von den Zöllen und der Stempelabgabe zu gewärtigenden Mehreinnahme von 2 bezw. 1.4 Millionen Mark fand bei der Tabaksteuer ein Ausfall von 4,950,000 Mark gegenüber, so daß den Bundesstaaten eine Minderung der

Ueberschüssen im Betrage von 1,00,000 Mark in Aussicht zu stellen war.

In Wirklichkeit stellt sich die Finanzbilanz des Jahres 1884/85 indessen erheblich günstiger als jene Schätzung, und zwar sowohl für das Reich als für die Bundesstaaten. Die den ordentlichen Einnahmen des Reichs zur Last fallenden Mehrausgaben haben sich allerdings nach Abzug der auf Grund der Clausel Franckenstein nur durchlaufenden Posten auf 3,141,225.67 M. gestellt, mit hin die Schätzung um mehr als eine Million überstiegen; der Grund liegt in der Erhöhung des Mehrebedarfs für die Marine von 1.1 auf 2.2 Millionen Mark. Die Mindereinnahmen dagegen ermäßigen sich — wiederum nach Abzug der vorerwähnten durchlaufenden Posten — auf 2,594,077.67 Mark, mit hin beträgt das Deficit nicht 14 1/2 Millionen, sondern nur 5,735,303.28 M. Dieser verhältnißmäßig günstigere Abschluß der Reichseinnahmeverwaltung hat neben erhöhten Erträgen der Brauweinsteuer, der Eisenbahnverwaltung u. s. w. hauptsächlich darin seine Ursache, daß die Zucksteuer nicht um 21 Millionen, wie veranschlagt war, sondern um nur 14,454,417.71 M. hinter dem Anschlag zurückblieb. Ungleich günstiger noch gestaltet sich das Ergebnis bezüglich der an die Bundesstaaten herauszugebenden Ueberschüsse aus Zöllen und Reichssteuern. Dem, wenn allerdings der Minderetrag der Tabaksteuer mit 5,579,796.29 M. die bezogenen Verstärkungen noch übersteigt und der Mehretrag der Stempelsteuer mit 1,490,690.52 M. der Schätzung genau entspricht, so haben doch die Zölle statt 2 Millionen Mark 12,056,167.55 Mark Mehreinnahme geliefert, so daß an die Bundesstaaten nicht ein hinter dem Anschlag um 1,500,000 Mark zurückbleibender, sondern ein denselben um 8,069,437.78 M. übersteigender Betrag verteilt worden ist. Preußen hat also z. B. statt eines Minderebtrages von 900,000 Mark mehr als 6 Millionen über seinen anschlagmäßigen Antheil erhalten, seine Bilanz mit hin um diesen Betrag verbessert, wodurch auch der Abschluß des Finanzjahres für Preußen sich noch erheblich besser gestaltet, als dies der Finanzminister in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 20. Januar d. J. unter Schätzung des Ueberschusses auf rund 10 Millionen Mark in Aussicht stellen konnte.

In der gestrigen Plenarsitzung des Bundesrathes wurde der Beschluß des Reichstages, betreffend die im April 1883 gegen die Abgeordneten von Vollmar und Frohne in Kiel und Dieb in Neumünster vorgenommenen Untersuchungs-Handlungen, zur Kenntniß genommen. Der auf der Tagesordnung stehende Bericht des dritten und vierten Ausschusses, betreffend die Zollbehandlung der gefüllten mit Mineralöl eingehenden Fässer, gelangte nicht zur Verhandlung. Den „Berl. Vol. Nachr.“ zufolge hat sich der Bundesrath bis zum 15. September vertagt.

Die bereits erwähnte, die Aufhebung des Erlasses einschließende Declaration des vielbesprochenen Baderborner Döcejan-Erlasses liegt bereits in der Form der nachstehenden, an die Dortmunder „Trenonia“ gerichteten Zulchrift vor:

Baderborn, 1. Juli 1885.

Die unter dem 27. Februar cr. von uns getroffenen Bestimmungen über das Studium der Theologie sind Gegenstand der öffentlichen Discussion in einer Weise geworden, die uns veranlassen muß, die Sache, wie hierdurch geschieht, klarzustellen. Der Beschluß vom 27. Februar cr. ist nach seinem Inhalte, wie nach der Form, in welcher derselbe — mit Umgehung der Publication im amtlichen Kirchenblatte — zur Kenntniß der betreffenden Herren Geistlichen gebracht ist, ein vertrauliches Schreiben. Dasselbe enthält eine lediglich für die Geistlichen bestimmte Anweisung, wie die Theologie Studirenden über den Gang und die Ausdehnung ihrer Studien mit Rücksicht auf die spätere Verwendung in der Döcejan vorzulegen sind. Eine allgemein verbindende gesetzliche Döcejan-Vorschrift soll in dem Erlasse nicht gegeben sein. Außerdem bezeichnet sich die Verfügung ausdrücklich als eine provisorische, die mit Wiedereröffnung der hiesigen Philosophisch-Theologischen Lehranstalt von selbst außer Geltung tritt. Einer solchen provisorischen Maßregel glaubten wir nicht entbehren zu können. Mit dem Eintritte in das Priesterseminar erhalten die Theologie Studirenden der Döcejan Baderborn den stiftungsmäßigen Anspruch, auf Kosten des hiesigen Clericalseminars unterhalten und später unter Ueber-